

G20 verringert Abhängigkeit von fossilen Energien - doch für Pariser Klimaziele muss Tempo stark erhöht werden

- **Studie von Climate Transparency zeigt Fortschritte bei Wind- und Solarenergie sowie teilweise bei Pro-Kopf-Emissionen**
- **Nur zögerliche Abkehr von Kohle und unzureichende Klimapolitik in den Staaten gefährden Paris-Ziele**
- **Deutschland stark bei erneuerbaren Energien - hoher Kohleverbrauch und fehlender Ausstiegsplan sind größte Schwachpunkte**

Berlin/Hamburg (3. Juli 2017). Trotz der gesteigerten Investitionen in grüne Technologien droht die G20 das Pariser Klimaziel einer Erderwärmung von deutlich unter zwei Grad weit zu verfehlen. Hauptgrund sind die weiterhin zu hohen und häufig subventionierten Investitionen in fossile Industrien. Die Abhängigkeit von fossilen Energien verringert sich zwar insgesamt - bisher aber deutlich zu langsam. Zu diesem Schluss kommt der heute veröffentlichte "Brown to Green"-Report der internationalen Initiative Climate Transparency.

"**Deutschland** schneidet aufgrund des seit 2010 nahezu gleichbleibend hohen Kohleverbrauchs in der Kategorie Pro-Kopf-Emissionen relativ schlecht ab", sagt **Jan Burck von Germanwatch**, Co-Autor der Studie. "Mit Blick auf die langfristigen Klimastrategien hingegen liegt Deutschland im Vergleich zu den anderen G20-Staaten mit vorn. Allerdings ist die deutsche Klimastrategie noch kein verbindliches Gesetz und Deutschland hat noch keinen Kohleausstiegsplan vorgelegt - anders als zum Beispiel Großbritannien." Deutschland hat im Vergleich zu den meisten anderen G20-Staaten einen sehr hohen Kohleverbrauch. Die CO₂-Emissionen pro Energieeinheit liegen deshalb - trotz eines überdurchschnittlichen Anteils erneuerbarer Energien am deutschen Energiemix - nur knapp unter dem G20-Durchschnitt.

Die dritte Auflage des Reports liefert kurz vor dem G20-Gipfel in Hamburg die umfassendste Analyse der G20 auf ihrem Weg zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft. Sie wurde auf Grundlage eines breiten Spektrums neuester Studien erstellt und vergleicht sowie bewertet die Fortschritte der G20-Staaten in Bereichen wie Emissionsentwicklung, Klimapolitik, grüne Finanzierung und Dekarbonisierung. Erstellt wurde der Report von einem Netzwerk verschiedener Experten aus Think Tanks in zehn G20-Staaten, darunter Germanwatch, die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform und das NewClimate Institute aus Deutschland.

"Die Dekarbonisierung der Wirtschaft in den G20-Staaten hat begonnen. Während die Energie- und die CO₂-Intensität sinkt, wachsen jedoch Wirtschaft und Energieverbrauch - deswegen sehen wir zwar erstmals kaum noch einen Anstieg der Emissionen, aber auch noch keine Verminderung der Treibhausgase", sagt **Prof. Niklas Höhne vom NewClimate Institute**, Co-Autor der Studie. "Die erneuerbaren Energien sind zwar stark auf dem Vormarsch, aber noch dominieren die fossilen Energien den Energiemix der G20."

Besonders im Fokus stehen beim Klimaschutz derzeit die **USA**. Jan Burck von Germanwatch erläutert zum Abschneiden der Vereinigten Staaten: "Nach dem von Präsident Trump angekündigten Ausstieg der USA aus dem Paris-Abkommen und dem Zurückfahren wichtiger klimapolitischer Maßnahmen im eigenen Land, bekommen die USA deutlich schlechtere Noten für ihre Klimapolitik. Die Pro-Paris-Reaktionen mehrerer US-Bundesstaaten sowie vieler Städte und Unternehmen im Land nähren aber die Hoffnung, dass die USA dennoch ihren Teil zum Klimaschutz beitragen werden."

Den Report und die Länder-Factsheets finden Sie hier:

Highlights Dekarbonisierung

- **Bewertungen zur Dekarbonisierung fallen gemischt aus:** Die EU und ihre G20-Mitgliedsstaaten schneiden insgesamt relativ gut ab, hingegen bekommt Russland schwache Noten, Australien und die USA sehr schwache.
- **In Deutschland** gab es bis einschließlich 2016 weiterhin einen starken Ausbau Erneuerbarer Energien, allerdings bleibt das Niveau der Kohleverstromung auf einem deutlich zu hohem Niveau um die Pariser Klimaziele zu erreichen.
- **Erneuerbare Energien auf dem Vormarsch:** 98 Prozent der weltweit installierten Windkraft-Kapazität steht in G20-Staaten, ebenso 97 Prozent der weltweiten Solarkapazität und 93 Prozent aller Elektroautos. In fast allen G20-Staaten außer Russland (minus 20 Prozent seit 2009) wächst der Anteil der erneuerbaren Energien am Strommix - besonders stark in China, Südkorea, der Türkei und Großbritannien.
- **Treibhausgas-Emissionen der G20-Staaten sind von 1990 bis 2014 um 34 Prozent gestiegen.** Seitdem stagnieren sie. Die Volkswirtschaften sind im selben Zeitraum um 117 Prozent gewachsen - ein klarer Beleg für wachsende Energieeffizienz.
- **Die CO₂-Intensität pro Einheit des Primärenergieverbrauchs in den G20-Staaten stieg zumindest bis 2014** insgesamt weiterhin. Das liegt vor allem daran, dass die meisten G20-Staaten ihren steigenden Energieverbrauch überwiegend mit Kohle bedienen. Während die allgemeine Energie- und CO₂-Intensität in der G20-Wirtschaft sinkt, reicht beides nicht aus, um die CO₂-Emissionen zu senken.
- In der **Hälfte der G20-Staaten wachsen die Pro-Kopf-Emissionen seit fünf Jahren nicht mehr.** Kanada hat den höchsten absoluten CO₂-Ausstoß pro Einwohner, gefolgt von Saudi-Arabien, Australien und den USA.

Highlights Finanzen

- G20-Staaten sind **attraktive Standorte für Investitionen in erneuerbare Energien**, insbesondere China, Frankreich, Deutschland und Großbritannien - allerdings hat die Regierung in London ihre Unterstützung für Erneuerbare zuletzt zusammengestrichen und gefährdet damit die Investitionsattraktivität.
- **Grüne Anleihen (Green Bonds) machen weniger als ein Prozent der Staatsanleihen der G20-Staaten aus**, aber die jüngsten Steigerungsraten sind beachtlich, vor allem in China.
- Im vergangenen Jahr wurde **mehr "grüne" als "braune" Stromerzeugungskapazität weltweit neu installiert.** Dennoch gibt es noch immer substanzielle private und öffentliche Investitionen in fossile Energien in den G20-Staaten.

- 2013 und 2014 flossen rund **88 Milliarden US-Dollar pro Jahr von öffentlichen Institutionen** wie zum Beispiel Entwicklungsbanken oder an **Exportkrediten aus G20-Staaten in Kohle, Öl und Gas**.
- Trotz der wiederholten Ankündigungen, aus fossilen Subventionen aussteigen zu wollen, **flossen 2014 noch über 230 Milliarden-US-Dollar an Subventionen in Kohle, Öl und Gas**.
- In den vergangenen Jahren sind **mehr CO2-Preisinstrumente eingeführt worden**. Aber die verschiedenen Bepreisungen in den G20-Staaten sind bisher zu gering, um den beginnenden Umschwung zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft beschleunigen zu können.

Highlights Klimapolitik

- Die **meisten G20-Regierungen haben ihre internationale Klimapolitik verbessert**, aber **hinken bei der Umsetzung auf nationaler Ebene weiter hinterher**. China, Brasilien, Frankreich, Deutschland, Indien, Mexiko und Südafrika haben unter den Großemittenten der G20 von den nationalen Experten die besten Bewertungen für ihre Klimapolitik bekommen. Am schlechtesten schneiden die USA, Australien, Japan, Saudi-Arabien und die Türkei ab.
- **In Hinblick auf die Paris-Ziele bekommt kein G20-Staat eine sehr gute Bewertung**. Kein Land ist auf einem Unter-2- oder gar 1,5-Grad-Emissionspfad.
- In **einigen Staaten hat der Kohleausstieg begonnen**. Kanada, Frankreich und Großbritannien haben einen solchen Plan verabschiedet (am besten bewertet in dieser Kategorie). Andere Staaten bekommen eine mittlere Bewertung, da sie - wie Deutschland, Italien und Mexiko - einen Ausstieg in Erwägung ziehen oder Schritte zur spürbaren Reduzierung eingeleitet haben. Indien und China liegen ebenfalls im Mittelfeld, da sie jüngst Kohlekraftwerke stillgelegt beziehungsweise Pläne auf Eis gelegt haben.

Zu Climate Transparency

Climate Transparency ist ein internationales Netzwerk mit Experten aus den G20-Staaten Argentinien (Fundación Ambiente y Recursos Naturales), Brasilien (CentroClima/COPPE UFRJ), China (Energy Research Institute), Frankreich (IDDRI), Deutschland (Germanwatch, HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform, NewClimate Institute), Indien (The Energy and Resources Institute), Indonesien (Institute for Essential Service Reform), Mexiko (Iniciativa Climática de Mexico), Südafrika (Energy Research Center/University of Cape Town) und Großbritannien (Overseas Development Institute).